

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Sitzungstermin: Montag, 28.09.2015
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:13 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Strelow, Gregor

SPD-Fraktion
Brunken, Karola
Burfeind, Heidrun
Götze, Horst
Meyer, Lina
Pohlmann, Marianne

für Hans-Dieter Haase

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Risius, Andrea

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Böckmann, Jürgen
Marsal, Andrea

FDP-Fraktion
Bolinus, Erich

für Hillgriet Eilers

Beratende Mitglieder
Feier, Frank
Wilts, Elfriede
Züchner, Hermann

Verwaltungsvorstand
Bornemann, Bernd
Jahnke, Horst

Oberbürgermeister
Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Mansholt, Dieter
Anders, Thorben
Uphoff, Rolf Dr.
Müller, Bettina

Protokollführung
Lendzion, Daje

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Strelow begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung vom 25.06.2015

Beschluss: Das Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur- und Erwachsenenbildung vom 25.06.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Thorsten Hecht bemerkt, seine Fragen würden sich auf den Konsolidierungsplan der Volkshochschule Emden und Presseinformationen, aus denen er entnehme, dass die erfolgreiche Arbeit des Mediationsbüros im Täter-Opfer-Ausgleich in deutlich verringertem Umfang fortgesetzt werden solle, beziehen. Die Kernkompetenz, d. h. die Stunden der Konfliktschlichter sollen um mehr als ein Drittel gekürzt werden, weil das Projekt angeblich defizitär sei. Der Täter-Opfer-Ausgleich sei eine Dienstleistung und ein Kooperationsprojekt der Volkshochschule mit der Stadt Emden, den Landkreisen Aurich und Leer, der Stadt Aurich, den Staatsanwaltschaften, Gerichten und der Polizei, die alle zur Finanzierung beitragen würden. Er fragt, ob man sich mit diesen Partnern zusammengesetzt und beraten habe, wie eine ausreichende Finanzierung für die kommenden Jahre sichergestellt werden könne. Des Weiteren bittet er um Auskunft, warum vor einem Gespräch mit den Partnern durch die Kündigung eines Mitarbeiters bereits Fakten geschaffen worden seien, die bewirken würden, dass der Bedarf an Täter-Opfer-Ausgleichsverfahren ab 2016 nicht mehr vollständig befriedigt werden könne und Landesmittel für den Täter-Opfer-Ausgleich in Höhe von bis zu 32.000 € verloren gehen würden. Ebenso möchte er wissen, warum die Volkshochschule die mit der Stadt Aurich bestehende Defizitausgleichsregelung in den Jahren 2013 und 2014 nicht in Anspruch genommen habe, die 6.000 € zusätzliche Einnahmen erbracht hätte. Er möchte geklärt wissen, ob die Suche nach einem anderen Träger, der den Täter-Opfer-Ausgleich in vollem Umfang erhalten wolle, nicht sinnvoller sei, wenn die Volkshochschule sich auf den Kern einer Volkshochschule zurückbesinnen sollte, wie im Konsolidierungskonzept angedeutet und auch schon von Volkshochschul-Vertretern öffentlich gesagt worden sei.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Herr Jahnke meint, zu diesen Inhalten könne Herr Feier sicherlich entsprechend Stellung nehmen.

Er betont, dass bei der Planung und Durchführung eines Konsolidierungsplans alle Dinge zunächst einmal zur Disposition gestellt würden, sodass auch teilweise schmerzvolle Einschnitte geleistet werden müssten. Es würden sowohl die erbrachten Pflichtleistungen als auch die freiwilligen Leistungen hinterfragt werden. Bei der Feststellung, dass bestimmte Leistungen nicht mehr auskömmlich seien, müsse selbstverständlich entsprechend gehandelt werden.

Frau Beate Looden, Mitarbeiterin und Betriebsrätin der Volkshochschule, stellt fest, dass seit mehreren Monaten über die Situation der Volkshochschule berichtet werde. Die derzeit noch bei der Volkshochschule beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden bei diesen Diskussionen kaum Beachtung finden. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien bereits seit mehr als 25 Jahren in der Volkshochschule tätig. Alle Mitarbeiter würden hervorragende Arbeit leisten und sich mit der Volkshochschule identifizieren. Mittlerweile fürchte man nicht nur um die eigenen Arbeitsplätze sondern auch um die Zukunft der Volkshochschule. Für die Mitarbeiter ginge es vor allem um den Erhalt der Arbeitsplätze sowie den Fortbestand der Einrichtung, welche sehr viel zum Emden Bildungs- und Kulturwesen beitrage. Die Zahl der Mitarbeiter sei im Laufe der Zeit bereits reduziert worden. Des Weiteren habe man sich auf etliche Veränderungen einstellen müssen. Alle Mitarbeiter möchten wieder unbelasteter arbeiten können und nicht jeden Tag negativ in der Presse stehen. Sie appelliert an alle Ratsmitglieder, die Volkshochschule zu unterstützen, damit weiterhin gute Bildungsarbeit für die Emden Bürgerinnen und Bürger geleistet werden könne.

Herr Bornemann gibt an, die Arbeit der Volkshochschule in den letzten Jahren würde er sowie grundsätzlich wie alle Ratsfraktionen ausgesprochen schätzen. Die heutige Darstellung des Konsolidierungsplans werde ein sehr wichtiger Beitrag für die endgültige Entscheidung der Fraktionen sein. Die Entscheidung stehe in der Ratssitzung am 07.10.2015 an. In dieser Sitzung werde es definitiv zu einem Abschluss und somit vorerst zur Beendigung der intensiven Diskussion kommen. Die Fraktionen seien bezüglich der möglichen Unterstützungen der Volkshochschule derzeit noch in der Beratung.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 5 Straßenbenennung Max-Windmüller-Gymnasium
Vorlage: 16/1861

Herr Dr. Uphoff erklärt, die Arbeitsgruppe zur Findung von Straßennamen in Emden habe am 01.09.2015 zum ersten Mal getagt und sich mit der Straßenbenennung der Verbindung vom Steinweg zur Theaterstraße befasst. Zunächst sei diskutiert worden, diese Straße nach zwei Persönlichkeiten zu benennen. Übereinstimmend sei die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis gekommen, die neue Straße als Theaterstraße weiterzuführen.

Herr Strelow bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Marsal ergänzt, in dieser neu zu benennenden Straße würde kein einziges Haus stehen, welches die Adresse mit diesem Namen trage. Ebenso habe das Max-Windmüller-Gymnasium ihren Eingang und damit ihre Adresse nicht an dieser neuen Straße. Aus diesem Grund würde die Benennung nach einer Persönlichkeit keinen Sinn machen. Daher sei vorgeschlagen worden, die Straße als Theaterstraße weiterzuführen.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Beschluss: Die neu hergestellte Straße am Max-Windmüller-Gymnasium wird wie folgt benannt:

Theaterstraße

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Vorstellung des Budgets 2016 des Kulturbüros, der Nordseehalle und des Ostfriesischen Landesmuseums gemäß des Eckwertebeschlusses 2016
Vorlage: 16/1844/4

Herr Jahnke erklärt, wie bereits in den letzten Ausschüssen werde die Verwaltung auch in diesem Fachausschuss die einzelnen Budgets gemäß des Eckwertebeschlusses vorstellen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse sei das überarbeitete TOP-Ziel, die finanzielle Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der Stadt Emden sicherzustellen und zu erhalten, besonders wichtig.

Herr Anders stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Budget 2016 des Kulturbüros gemäß des Eckwertebeschlusses 2016 vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Strelow bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius möchte wissen, ob die Vergabe der freiwilligen städtischen Zuschüsse an kulturelle Vereine und Initiativen in Höhe von insgesamt 365.000 € in jedem Jahr automatisch fortgeführt werde oder ob neue Anträge gestellt werden müssen. Er fragt, ob die bereits in den letzten Jahren beantragten Mittel überprüft würden.

Herr Anders erläutert, die Allgemeinen Förderbeiträge würden jährlich von verschiedenen Institutionen und für verschiedene Projekte neu beantragt. Im Anschluss würden deren Verwendungsnachweise geprüft werden. Stelle eine Institution keinen neuen Antrag, würden selbstverständlich keine Fördergelder ausbezahlt. Die größeren Summen wie beispielsweise der Zuschuss für den Logger seien jährlich wiederkehrende Zuschüsse. Diese Summen würden entsprechend jedes Jahr abgerufen. Die Mittel würden jedoch auch jedes Jahr beantragt und ebenso mit Hilfe des Verwendungsnachweises geprüft werden. Es sei letzten Endes eine politische Entscheidung, wenn ein Zuschuss nicht mehr gewährt werden solle.

Herr Jahnke ergänzt, bei gewissen Institutionen und Projekten würde ein längerfristiger und fixer Zuschuss gewährt wie beispielsweise beim Logger, wo ein Darlehen aufgenommen worden sei.

Frau L. Meyer möchte wissen, wo die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben angesiedelt sei und welche Tätigkeiten diese erfülle.

Herr Bornemann bemerkt, bei dem Zuschuss an die Ostfriesische Landschaft sowie an den Zweckverband Landesbühne Nord gebe es mit anderen kommunalen Gebietskörperschaften eine vertragliche Verpflichtung. Die Höhe der zu zahlenden Summe an die Landesbühne Nord sei von der Landesbezuschung abhängig.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Herr Kronshagen bittet um Auskunft, wofür die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben die Zuschussgelder in Höhe von 18.400 € benötige, da diese auch Teil der Volkshochschule sei.

Herr Anders sagt eine Beantwortung der Fragen von Frau L. Meyer und Herrn Kronshagen über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Eine Stellungnahme der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben vom 09.11.2015 über die Tätigkeiten sowie die Verwendung des Zuschusses ist als Anlage beigefügt. Diese Stellungnahme ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Müller berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über das Budget 2016 der Nordseehalle und des Neuen Theaters gemäß des Eckwertebeschlusses 2016. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Strelow bedankt sich für die Präsentation.

Herr Dr. Uphoff stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Budget 2016 des Ostfriesischen Landesmuseums Emden gemäß des Eckwertebeschlusses 2016 vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Strelow bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius bedankt sich für die Ausführungen. Mit dem Budget des Landesmuseums werde sich die Haushaltsstrukturkommission noch intensiv beschäftigen. Er kritisiert, dass das Budgetblatt des Landesmuseums der Vorlage nicht als Anlage hinzugefügt worden sei.

Anmerkung der Protokollführung:

Das Budgetblatt des Ostfriesischen Landesmuseums war als Anlage 1 „Budgetblatt Betriebe 845 und 882“ der Vorlage 16/1844/4 beigefügt.

Grundsätzlich würden die Besucherzahlen in fast allen Museen dieser Art in Deutschland zurückgehen. Dieser Rückschritt erfolge nicht nur in Emden. An dieser Stelle müsse intensiv diskutiert werden, wie die Einnahmen dennoch gesteigert werden könnten. Gegen den Trend müsse gegengesteuert werden. Zu dieser Thematik habe die Haushaltsstrukturkommission sowie PwC bereits gute Ansätze, mit welchen man sich in Zukunft verstärkt beschäftigen müsse.

Frau Marsal bedankt sich ebenfalls für die Präsentation. Sie bittet um Auskunft über die Standards eines Europäischen Regionalmuseums.

Herr Dr. Uphoff gibt an, die Standards eines Europäischen Regionalmuseums seien seinerzeit schon einmal vorgestellt worden. Er sagt eine Beantwortung durch Herrn Dr. Jahn über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Die Beantwortung von Herrn Dr. Jahn zu den Standards eines Europäischen Regionalmuseums ist als Anlage beigefügt. Die Antwort ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Strelow ergänzt, das Landesmuseum sei mit dem Gütesiegel des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen zertifiziert worden. Für diese Auszeichnung müssten ebenfalls Standards und Prozesse in den verschiedenen Bereichen eingehalten werden.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Herr Kronshagen fragt, aus welchem Grund der Ansatz für die Einnahmen aus Eintrittsgeldern trotz rückgängiger Besucherzahlen von derzeit 95.000 € auf 150.000 € im Jahre 2016 erhöht wurden.

Herr Dr. Uphoff entgegnet, die Steigerung der Besucherzahlen sei intern intensiv diskutiert worden. Es sei ganz klar die Annahme getroffen worden, dass mit der Neupräsentation des Fundkomplexes „Mann von Bernuthsfeld“ eine Steigerung erreicht werden könne.

Frau L. Meyer hofft, dass im nächsten Jahr aufgrund der Neupräsentation „Mann von Bernuthsfeld“ viele Besucher in das Landesmuseum kommen und dadurch die Einnahmen gesteigert werden.

Herr Strelow weist darauf hin, dass nicht nur eine Besuchersteigerung sondern auch eine Steigerung der Anzahl der Führungen geplant sei, u.a. eben aufgrund der Neupräsentation.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 7 Volkshochschule Emden e. V.; Anfrage zur Vorlage 16/1802; hier Konsolidierungsplan 2020;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 14.07.2015
Vorlage: 16/1885

Herr Bolinius gibt an, die FDP-Fraktion habe sich mit dem von Herrn Feier vorgestellten Konsolidierungsplan intensiv beschäftigt. Der langjährige Mitarbeiter der Volkshochschule, Herr Jenkins, habe einen Kommentar zu diesem Konsolidierungsplan an seine Fraktion übersendet. Viele Erläuterungen dieses Kommentars seien sehr schlüssig. Aus diesem Grund habe er um eine Stellungnahme gebeten.

Frau Burfeind begrüßt die ehrgeizigen Vorhaben von Herrn Feier. Sie wünscht Herrn Feier ganz viel Energie sowie Tatkräftigkeit der Mitarbeiter, damit die Aspekte des Konsolidierungsplanes gelingen können.

Herr Feier betont, das vorrangige Ziel für die Leitung sowie für den Vorstand der Volkshochschule sei, dem strukturellen Defizit, welchem die Volkshochschule ausgesetzt sei, zu begegnen. Dieses Ziel wolle die Volkshochschule mit aller Konsequenz verfolgen und umsetzen. Wie von Frau Looden anfangs skizziert, habe dies eine große Tragweite für das Personal. Die Umsetzung des Konzeptes werde im Leitungsbereich, im Vorstandsbereich, aber auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Volkshochschule sehr ernst genommen. Die Rückmeldung seitens der FDP-Fraktion könne er selbstverständlich nachvollziehen, da das Konzept sehr umfangreich sei.

Es seien bereits erste große Maßnahmen dieses Konzeptes umgesetzt worden. Beispielsweise sei eine Leitungsstelle im Bereich der Beruflichen Bildung weggefallen. Durch Umstrukturierung seien die Leistungen, die im Bereich der Beruflichen Bildung erbracht wurden, nahezu vollständig aufgefangen worden. Im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seien ebenso Einschnitte durchgeführt worden. Eine Kollegin, die diesen Bereich nicht mehr abdecke, sei nun für den Kursbereich der beruflichen Bildung weiter aktiv. Eine letzte Arbeitsamtsmaßnahme werde noch erfolgreich abgeschlossen. Er sehe keine großen Möglichkeiten im Bereich der Auftragsmaßnahmen weitere Aufträge zu akquirieren. Zukunftsthemen im Bereich der beruflichen

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Bildung seien beispielsweise Sprachkurse oder auch die Qualifizierung Lesen und Schreiben. Des Weiteren seien Änderungen in Bezug auf das Mediationsbüro initiiert und vorgenommen worden. Da nun alle Bereiche und deren Defizite offen dargelegt worden seien, könne den verschiedensten Bereichen nun entsprechend begegnet werden, um die Einrichtung langfristig zukunftsfähig zu erhalten. Es werde auf vielfältigen Ebenen dem strukturellen Defizit entgegen gewirkt.

Die Volkshochschule brauche dennoch klare Signale aus Rat und Politik. Diese äußerst lange Diskussionszeit sei für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Volkshochschule teilweise zu belastend gewesen. Aus diesem Grund sollte für diese Mitarbeiter sowie für die Teilnehmer der Kurse ein positives Signal kommen. Er erwarte ein Pro Volkshochschule, damit der Weg der Konsolidierung gemeinsam bestritten werden könne. Im Rahmen der Möglichkeiten, Ideen, Projekte und Kompetenzen müsse der Volkshochschule die Chance und Möglichkeit eingeräumt werden, sich aktiv zu bewegen und neue Ideen und Inhalte umzusetzen.

Der Konsolidierungsplan beinhalte sehr viele Fassetten und Bereiche. Dieser Plan wage einen Blick in die Zukunft. Die Zukunft der Volkshochschule könne nicht vorhergesehen, jedoch durch Projekte und Ideen gestaltet werden. Diese würden selbstverständlich aufgrund von Zielvereinbarungen umgesetzt werden. Dieser Plan sei von allen Fraktionen begutachtet und schließlich auch von ihm nochmals vorgestellt worden. Selbstverständlich sei die Umsetzung eines solchen Konsolidierungsplans schwierig, da immer die Personalsituation verändert werden müsse.

Die Volkshochschule habe bis zum Jahre 2020 ein klares Ziel formuliert. Das Defizit werde mit aller Kraft angegangen und reduziert. Dieser zu bestreitende Weg sei sicherlich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch für den Vorstand und für ihn als neuen Leiter schmerzhaft. Diese schmerzhaften Einschnitte würden die Volkshochschule jedoch wieder zukunftsfähig gestalten. Es könne nicht beliebig expandiert oder Angebote ausgeschrieben werden. Es sei zwar ein begrenzter Raum, aber dennoch sei die Bandbreite an Bildungs- und Kulturarbeit in Emden sehr umfassend.

Er möchte betonen, dass mit dem Konsolidierungsplan, wie er jetzt der Öffentlichkeit und den Fraktionen vorliege, ein Dokument bestehe, mit dem die Volkshochschule eher auf einer vertraulichen Basis arbeiten wolle. Dieses Dokument zeige eine sehr große Bandbreite sowie Fassettenreichtum an Ideen und Projekten, die angegangen werden müssen. Einige Ziele und Dimensionen seien bereits umgesetzt und erreicht. Das Marketing sei durch Gestaltung eines eigenen Covers und Programmhefts verbessert worden. Des Weiteren gebe es im Marketingbereich eine verbesserte Kommunikation über die Homepage. Als neuer Leiter werde er in Zukunft die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stärker begleiten. Er sei mit anderen Volkshochschulen im Dialog und tausche sich beispielsweise mit den Kollegen aus Leer, Wittmund und Aurich über Möglichkeiten, Chancen und Kooperationen aus.

Das Thema Flüchtlinge werde die Volkshochschule in den nächsten Jahren beschäftigen. Eine Einrichtung wie die Volkshochschule sehe er als aktiv gestaltender Partner für Deutschkurse für Flüchtlinge. In dieser Woche werde sich die Volkshochschule auf zwei Kurse bewerben, um Flüchtlingskurse an der Volkshochschule anzusiedeln. Für diese Kurse würden Mittel vom Land Niedersachsen zur Verfügung gestellt. Im Oktober sollen die Kurse mit mindestens 20 Teilnehmenden beginnen. Es seien bereits jetzt sehr positive Entwicklungen im Sprachenbereich.

Seitens des Gebäudemanagements seien drei Unterrichtsräume renoviert worden, welche nun von interessierten Kursteilnehmern genutzt werden können. Weiterhin werde ein Newsletter-System zur Kommunikation mit den Kursteilnehmern geplant.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Das Thema Fundraising könne in Emden greifen und möglich werden. Dies müsse jedoch zuvor detailliert betrachtet werden. An Volkshochschulen aus Baden-Württemberg würden aufgrund dieser Mittelbeschaffung Stellen finanziert.

Er werde durch zukünftige Programmentwicklungen versuchen, das Volkshochschul-Programm noch aktiver und attraktiver zu gestalten und neue Zielgruppen zu erschließen. Im Rahmen der Erarbeitung des Konsolidierungskonzeptes habe man festgestellt, dass in den nächsten Jahren der Fokus auf den Kernzielgruppen liegen sollte. Zukünftig könne versucht werden, neue Zielgruppen zu erschließen.

Für die Zukunft der Volkshochschule sei es langfristig wichtig, das Signal zu erhalten, weiterhin als anerkannter Bildungs- und Kulturträger zu fungieren und den Prozess weiter aktiv zu gestalten. Das Konzept zeige auf, wie in Zukunft dem strukturellen Defizit auf verschiedenen Ebenen begegnet werde. Das Team der Volkshochschule wolle sich in Emdens kleinen Weiterbildungsmarkt sowie Kultur- und Bildungsbereich behaupten. Er hoffe und wünsche die Unterstützung möglichst vieler Menschen in Emden.

Herr Strelow bedankt sich für die umfangreichen Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau L. Meyer bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Herr Feier habe bisher sehr viel Engagement gezeigt. Der noch zu bestreitende Weg werde dennoch beschwerlich werden. Die SPD-Fraktion werde die Volkshochschule unterstützen und stärken, damit die Bildungseinrichtung in Emden auf jeden Fall erhalten bleibe.

Frau Risius bedankt sich für den Vortrag. Die CDU-Fraktion habe den Konsolidierungsplan sehr ausführlich besprochen und diskutiert. Die Volkshochschule müsse selbstverständlich zukunftsfähig bleiben.

In nächster Zeit müsse der Schwerpunkt im Bereich der Erwachsenenbildung liegen. Beispielsweise im gesellschaftlichen Bereich, im berufsbegleitenden Bereich, im bildungstechnischen Bereich aber auch im Bereich der Flüchtlinge.

Im Namen der CDU-Fraktion bittet sie, dass das Thema Zukunft des Mediationsbüros nochmal intensiv diskutiert werde. Zu dieser Thematik bestehe noch enormer Klärungsbedarf. Des Weiteren bittet sie Herrn Feier um eine kurze Erklärung für die beratenden Mitglieder bezüglich des Unterschieds zwischen Täter-Opfer-Ausgleich und Mediationsbüro.

Herr Feier erläutert, dass das Thema Mediationsbüro und Täter-Opfer-Ausgleich sehr vielfältig sei. Aus diesem Grund könne in der heutigen Sitzung keine ausführliche Antwort gegeben werden. Dieses Thema beschäftige ihn bereits seit November und würde in den Vorstandssitzungen immer wieder besprochen, damit die Projektarbeit bestmöglich weitergeführt werden könne. Dennoch müsse berücksichtigt werden, dass es einen Rückgang von Bußgeldern, Fallzahlen sowie Spenden gegeben habe. Des Weiteren sei eine Höhergruppierung der Mitarbeiter vollzogen worden. Aufgrund dieses Ungleichgewichts seien Möglichkeiten und Optionen zum Thema Mediationsbüro bei der Erstellung des Konsolidierungsplans intensiv überprüft worden.

Herr Bolinius bedankt sich bei Herrn Feier für die Ausführungen. Zu den gezielten Fragen und Äußerungen von Herrn Jenkins sowie zu der Frage von Herrn Hecht bezüglich der nicht in Anspruch genommenen Defizitausgleichsregelung in den Jahren 2013 und 2014 wünsche er detailliertere Auskünfte.

Die inhaltliche Ausrichtung müsse mit den Grundsätzen von Volkshochschulen vereinbar sein. Die Kernaufgabe sei die Bildung. Grundsätzliches Ziel der Volkshochschule müsse daher sein,

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

ein professioneller Bildungspartner zur individuellen Qualifizierung zu sein. Dies umfasse die allgemeine, berufliche und politische Bildung.

Zum Thema Leitbild habe die Volkshochschule eine Arbeitsgemeinschaft eingerichtet. Er möchte wissen, ob die Erarbeitung des Leitbildes ohne die Beteiligung der Politik erfolgt sei.

Zu den von Herrn Feier vorgeschlagenen Maßnahmen erörtert er, dass die Beendigung des Geschäftsfeldes Berufliche Bildung ein eklatanter Fehler wäre. Es sollte versucht werden, die Fehler der Vergangenheit zu bereinigen und den Bereich auf- und nicht abzubauen. Dies sei auch anderen Einrichtungen gelungen. Die Berufliche Bildung und das Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen sollte wieder Schwerpunkt werden, da sich Chancen im Wettbewerb durch die Zuwanderung abzeichnen würden. Die Volkshochschule müsse wieder wettbewerbsfähig werden und die Zusammenarbeit mit Firmen verbessern. Die Bundesagentur für Arbeit habe in einem Zeitungsbericht sogar geäußert, dass die Angebote der Volkshochschule qualitativ nicht gut sowie nicht verwendungsfähig gewesen seien.

Kulturveranstaltungen anzubieten, sei nicht die Hauptaufgabe der Volkshochschule, zumal der kulturelle Bereich ohnehin defizitär sei und dieser Bereich seitens der Stadt gekürzt werden solle. Insofern sei die Erhöhung des Zuschusses für Kulturveranstaltungen nicht realistisch. Eine Ausweitung des Angebotes sei nicht der richtige Schwerpunkt für eine Konsolidierung. Die Volkshochschule sei in erster Linie eine Schule und kein Kulturzentrum im klassischen Sinne, selbst wenn sie selbstverständlich „Kulturarbeit“ leiste. Emden habe genügend Anbieter für solche Veranstaltungen. Dies müsse die Volkshochschule nicht vorrangig machen.

Die Gebührenerhöhungen sollten seines Erachtens nur sehr differenziert durchgeführt werden. Für Freizeitangebote sei dies auf jeden Fall sinnvoll. Für den Bereich der Stadtbücherei jedoch nicht. Die Stadtbücherei sollte gesondert betrachtet werden, da diese besondere Aufgaben habe.

Ganz neue Zielgruppen würden kurzfristig kaum erschlossen, da Migranten an den Kursen nur teilnehmen würden, wenn diese bezahlt würden. Positiv habe er ein Schreiben von Frau Marion Weber wahrgenommen, in dem für die Volkshochschule Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache mit BAMF-Zulassung auf Honorarbasis gesucht würden. Er hofft, dass sich auf dieses Angebot Lehrkräfte melden, um zukünftig in diesen Bereich einsteigen zu können.

Das Wort Fundraising bedeute Mittelbeschaffung. Diese Mittelbeschaffung könne er sich für die speziellen Kurse nicht in dem vorgestellten Umfang vorstellen. Aufgrund der fehlenden Spenden und Sponsoren gebe es in diesem Bereich kein großes Potenzial.

Eine Reduktion im Mediationsbüro scheint nach Meinung der FDP-Fraktion nicht vernünftig zu sein. Beispielsweise seien Bußgelder in den letzten Jahren nicht konsequent genug eingeworben worden. Die Volkshochschule hätte bei den Gerichten viel präsenter sein müssen.

Herr Feier sagt eine Beantwortung bezüglich der Frage, ob ein Antrag auf Defizitausgleich für das Mediationsbüro bei der Stadt Aurich in den Jahren 2013 und 2014 gestellt worden sei, über das Protokoll zu. Er betont, dass Frau Buse als Leiterin des Mediationsbüros bei den Gerichten anwesend sowie präsent gewesen sei und damit immer wieder für die Einrichtung der Volkshochschule geworben habe.

Anmerkung der Protokollführung:

Lt. Aussage von Herrn Feier konnte ein Defizitausgleich für das Mediationsbüro/Täter-Opfer-Ausgleich der vhs Emden bei der Stadt Aurich für 2013 nicht gestellt werden, da 2013 ein

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Überschuss erwirtschaftet wurde. Ein Antrag für 2014 wurde gestellt und befindet sich in Bearbeitung.

Das Leitbild sei seines Wissens bereits mehr als zehn Jahre alt und enthalte Begrifflichkeiten, die mittlerweile nicht mehr aktuell seien. Aus diesem Grund sei intern eine Leitbildgruppe mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Funktionsbereichen gegründet worden. Das neue Leitbild werde zunächst dem Vorstand vorgeschlagen, sodass noch Änderungen oder Erweiterungen beschlossen werden können. Ein Leitbild sollte Einblicke in die weitere Orientierung und Arbeit in einer Einrichtung geben.

Im Bereich der Beruflichen Bildung sei festgestellt worden, dass das große Volumen an Arbeitsamtsmaßnahmen sukzessive abnehme. Die Volkshochschule habe sich immer wieder um weiterführende Maßnahmen beworben sowie aktiv ihre Zertifikate und Qualitätsstandards verbessert. Dennoch müssten in diesem Bereich Maßnahmen zur Konsolidierung getroffen werden, da das Volumen nicht mehr akquiriert werden könne. In Emden gebe es ebenso andere Anbieter, die eventuell sogar bessere Räume, bessere Nutzung und eine andere Kostenstruktur als die dem TVöD verpflichtete Volkshochschule anbieten könne.

Die Gebührenerhöhung sei aufgrund des begrenzten Emdener Feldes nur ganz moderat angepasst worden. Eine leichte Erhöhung sei auch in der Stadtbücherei vollzogen worden. Der Bereich Sprachliche Bildung liege bereits im Vergleich mit anderen Volkshochschulen auf einem hohen durchschnittlichen Niveau.

Bei den Kulturveranstaltungen sei die Volkshochschule ein großer und aktiver Partner. In der Vergangenheit habe sich der Bereich Kultur sehr stark entwickelt. Da es immer wieder Veränderungen bei den Zielgruppen gebe, müsse genauestens betrachtet werden, ob dieses Volumen aufrechterhalten werden könne. Eventuell müssen auch Veränderungen im Kulturbereich umgesetzt werden.

Bezüglich des Themas Fundraising sei völlig unstrittig, dass nicht unbegrenzt Mittel generiert und erwirtschaftet werden können.

Herr Bornemann bedankt sich bei Herrn Feier für die Ausführungen sowie für die Beantwortung einiger Behauptungen und Infragestellung zum Konsolidierungsplan wie beispielsweise die von Herrn Bolinius als nicht umsetzbar in Frage gestellte moderate Erhöhung der Gebühren.

Er lobt ausdrücklich das große Engagement von Herrn Feier, der im Juni das Konsolidierungsprojekt vorgestellt habe. Es sei nicht angemessen, viele Maßnahmen aus diesem Programm als illusorisch darzustellen. Er schätzt das starke Bemühen der Volkshochschule Konsolidierung zu betreiben.

Selbstverständlich solle die Volkshochschule keine zusätzliche Kultureinrichtung sein. Unter dem Punkt Kultur sei jedoch auch das interkulturelle Fest zu verstehen, bei dem sich die Volkshochschule seines Erachtens über viele Jahre ausgesprochen gut bewährt habe. Diese Kulturveranstaltung werde auch von der Politik immer wieder sehr hoch gelobt. Er könne sich schwer vorstellen, dass diese Veranstaltung von einer anderen Institution übernommen werde.

An dieser Stelle möchte er nochmal ausdrücklich betonen, dass die Volkshochschule in ganz vielen Bereichen hervorragende Arbeit geleistet habe. Die Äußerung, dass die beruflichen Bildungsmaßnahmen der Volkshochschule qualitativ schlecht und nicht verwendungsfähig gewesen seien, sei im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation kontrovers besprochen und diskutiert worden. Es müsse dabei immer betrachtet werden, was für die Volkshochschule, die nach öffentlichem Tarif bezahle, überhaupt möglich sei.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Zur Frage von Herrn Hecht bezüglich der vertraglichen Vereinbarungen mit anderen Gebietskörperschaften erläutert er, dass man sich vor der Umsetzung von Maßnahmen selbstverständlich mit diesen Partnern zusammensetzte und berate. Bei einem Rückgang von Fallzahlen sei es jedoch selbstverständlich, dass die Angebote zurückgeführt würden. Insofern werde das Thema Täter-Opfer-Ausgleich und ganz speziell das Mediationsbüro noch sehr dezidiert geprüft werden.

Er wünscht ausdrücklich den Erhalt der Volkshochschule. In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei allen Fraktionen, die an diesem Ziel ebenfalls grundsätzlich festhalten und dafür arbeiten wollen. Es müsse gemeinsam ein vernünftiges Ergebnis gefunden werden.

Herr Züchner erklärt, er habe auf dem Bereich des Marketings einige Erfahrungen gesammelt, da er viele Jahre Referent für den Breitensport im Schachverband Niedersachsen gewesen sei.

Dem Entwurf entnehme er, dass sich die Volkshochschule für den Baustein Milieu-Marketing entschieden habe. Für die damalige Umstellung des Schachs als Sportverein wäre das Milieu-Marketing keine Hilfe gewesen. Seines Erachtens sei man nicht in der Lage, in Emden solche Milieus zu finden. Er habe die Sorge, dass die Marketingprobleme in Zukunft bleiben und sehr viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Die ältere Generation werde bei dieser Betrachtung überhaupt nicht beachtet. Der Vorteil der älteren Generation sei jedoch, dass diese die Entwicklung miterlebt hätten. Er selbst habe erlebt, dass die Volkshochschule zunächst das einzige Bildungsunternehmen gewesen sei und sich mittlerweile Zug um Zug andere Bildungseinrichtungen etablieren und damit das Feld für die Volkshochschule im Grunde genommen kleiner werde.

Er kritisiert, dass die Evaluation der Maßnahmen erst im Jahre 2017 erfolgen solle. Diese Vorgehensweise erscheine ihm bei der derzeitigen Situation zu spät. Eine Evaluierung solcher Maßnahmen müsse seines Erachtens zeitnah geschehen.

Herr Böckmann bedankt sich für die Ausführungen. In Bezug auf das Mediationsbüro schließe er sich den Äußerungen von Herrn Bolinius ausdrücklich an. Er fürchte für die Stadt Emden einen großen Verlust, wenn dieses sehr präventive Instrument verloren gehen sollte. Das Büro sei für viele junge Menschen sehr wichtig.

Er möchte wissen, ob die Berufliche Bildung in Zukunft in der Volkshochschule überhaupt noch eine Rolle spielen werde oder ob bei zukünftigen Ausschreibungen durch die Agentur für Arbeit die Volkshochschule sich gar nicht mehr bewerbe.

Er bittet um Auskunft, wie die Kooperationen mit den Schulen bezüglich Förderunterrichts, Prüfungsvorbereitung und Sprachzertifikate in Zukunft umgesetzt und praktisch gestaltet werden soll.

Weiterhin fragt er, ob die Volkshochschule sich bei den Sprachkursen für Flüchtlinge in Konkurrenz zu anderen Anbietern der Beruflichen Bildung auf dem freien Markt bewerben werde. Diese Kurse würden seines Erachtens mit großer Wahrscheinlichkeit von der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder dem Fachdienst Wohnen finanziert werden.

Herr Feier erläutert in Bezug auf die Äußerung von Herrn Züchner, dass selbstverständlich auch die älteren Generationen in den Milieus berücksichtigt würden, da diese bestimmte psychosoziale und Sozialaspekte beleuchten. Die Volkshochschule habe Einblicke über die Milieus in Emden erhalten, sodass das Konzept des Milieu-Marketings auf Emden übertragen worden sei. Dadurch wurde genauer betrachtet, auf welche Gruppen die Volkshochschule ihr Hauptaugenmerk hinwenden könnte.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Es sei nicht geplant, das Mediationsbüro komplett einzustellen. Das Mediationsbüro werde soweit umstrukturiert, dass in Zukunft wieder einigermaßen vertretbare Zahlen erwirtschaftet werden können.

Der Bereich der beruflichen Bildung sei von der Volkshochschule umstrukturiert worden, um weiterhin Kurse, Angebote und Fortbildungen fortführen zu können. Der Bereich musste somit nicht gänzlich geschlossen werden. Dies habe auch eine Einigung mit einer in dem Bereich betreuten Kollegin möglich gemacht.

Bei den Schul- und Kooperationsprojekten gebe es beispielsweise den Bereich Cinéfête, in dem französisches Schulkino für Schulen angeboten werde. Die Abteilungsleitung Kultur leiste in diesem Bereich hervorragende Arbeit. Selbstverständlich könne versucht werden, die Zielgruppe Schülerinnen und Schüler auch weiterführend durch Kooperationen mit den Schulen für Sprachkurse und Qualifikationen im Hinblick auf den Erwerb von Sprachzertifikaten vorzubereiten. Eventuell müsste zunächst ein Pilotprojekt in dieser Richtung durchgeführt werden.

Beim Thema Sprachkurse für Flüchtlinge gebe es vom Bund und Land aber auch von den Städten finanzielle Unterstützung. Die Volkshochschule habe sich für ein Landesprojekt mit 2 Kursen entschieden. Diese sollen bereits im Oktober starten. Hierfür würden zwar Landesmittel zur Verfügung gestellt, diese würden jedoch keinen großen Mehrgewinn für eine Volkshochschule ausmachen. Bei diesem speziellen Fall werde pro Teilnehmer 100,00 € abgedeckt. Dies decke nicht die Gänze der Personalkosten ab. Die Volkshochschule wolle dennoch in diesem Bereich in Zukunft mehr anbieten. Der Vorstand habe beschlossen, dass er als Leiter der Volkshochschule im Bereich der Flüchtlinge aktiver werden solle. Es gebe Initiativen von verschiedenen Kultureinrichtungen mit denen er in ersten Gesprächen sei. Da das Thema relativ neu sei, gebe es ganz verschiedene Ansätze, deren Entwicklung betrachtet werden müsse. Die Synergien und Schnittstellen müssten zunächst einmal im weiteren Zeitverlauf gefunden werden.

Herr Götze weist darauf hin, dass die öffentlichen Anschuldigungen im Rechnungsprüfungsausschuss vernünftig widerlegt worden seien. Es seien keine Gelder zweckentfremdet worden. Er appelliert an alle, die Sachlichkeit in den Vordergrund zu stellen.

Im Jahre 2003 habe das Auftragsvolumen für die Arbeitsämter Leer und Emden jeweils zwischen 2 und 3 Millionen € betragen. Durch den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zur Bundesagentur seien die Vergaberichtlinien geändert worden. Die Vergaben seien nur noch zentral ausgeschrieben worden, mit der Folge, dass die örtlichen Bildungsträger gegenüber den überregionalen Weiterbildungsträgern keine Berücksichtigung mehr fanden. Die Gewerkschaften hätten seinerzeit die geänderten Vergaberichtlinien und die Vergabepaxis für die Berufliche Bildung durch die Bundesagentur in Nürnberg massiv kritisiert. Es sei auch gefordert worden, die Richtlinien entsprechend der bewährten Praxis vor Ort mit den gewachsenen Netzwerken und Strukturen zu überarbeiten. Die Gewerkschaften hätten befürchtet, dass letztlich auch die Arbeitslosen durch die sinkende Qualität der Qualifizierungen leiden würden. Dieses Argument habe auch der damalige Leiter der Agentur für Arbeit in Emden für nicht ganz abwegig gehalten. In Niedersachsen hätten sich vor allem zwei große Anbieter durchgesetzt, die rund die Hälfte der Aufträge erhalten hätten. Dabei habe sich die Vermutung aufgedrängt, dass dies nur durch massive Preiszugeständnisse zu erreichen war. Die Volkshochschule habe sich selbstverständlich immer wieder beworben, die Aufträge nicht erhalten, da die Mitarbeiter vernünftig bezahlt würden und die Volkshochschule somit teurer war. Aus diesem Grund musste der Vorstand der Volkshochschule sich von Jahr zu Jahr durch die zunehmende Nichtberücksichtigung durch die zentrale Vergabestelle jeweils anpassen. Nach und nach seien die Einnahmen von 2 Millionen € gesunken, die nicht durch andere Bildungsmaßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen werden konnten. Die Zerstörung von erfolgreichen Strukturen der Beruflichen Bildung und der Wegfall von qualifizierten und hochwertigen guten Arbeitsplätzen sei von der

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Bundesagentur in Nürnberg billigend in Kauf genommen worden. Alle bisher vorteilhaften Netzwerke hätten sich negativ entwickelt, da die Mitarbeiter ihre persönlichen Kontakte nicht mehr nutzen konnten.

Die Volkshochschule habe mit ihren Beschäftigten in vielen Jahren eine qualitative, hochwertige und erfolgreiche berufliche Bildungsarbeit in guter Zusammenarbeit mit der Bundesagentur in Emden durchgeführt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien für ihre hervorragende Arbeit nach den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes entlohnt worden. Der Vorstand der Volkshochschule habe in den letzten Jahren entsprechend der sich abzeichnenden Entwicklung reagieren müssen. So sei ausscheidendes Personal nicht wieder ersetzt worden. Die Reduzierung der Beruflichen Bildung hatte zur Folge, dass das Filmfest ausgegliedert werden musste, da die Anteile des Bildungsbereiches nicht ausgereicht hätten, um die entsprechenden Landeszuschüsse weiter zu erhalten.

Bei den Planungen für 2014 sei der Vorstand trotz schwieriger Lage zunächst davon ausgegangen, einen ausgleichenden Jahresabschluss zu erreichen. Die negative Entwicklung sei konkret geworden, nachdem die Volkshochschule auf ihr langjähriges und erfolgreiches Projekt BaE-Reha Hauswirtschaft im Bereich der beruflichen Bildung für 2015 durch die Bundesagentur keine Berücksichtigung mehr fand und diese bei der Vergabe an die OBW in Emden verlor, da diese günstiger anbieten konnten.

Er appelliert an alle Beteiligten für mehr Sachlichkeit und um konstruktive Begleitung. Dem neuen Leiter der Volkshochschule, Herrn Feier, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollte die notwendige Unterstützung gegeben werden, damit sie gemeinsam neue Ideen umsetzen können, um die Zukunftssicherung der Erwachsenenbildung in Emden erfolgreich betreiben zu können.

Herr Bolinius entgegnet bezüglich der Kritik von Herrn Bornemann, dass dieser Konsolidierungsplan und einzelne Aspekte von ihm auch kritisch betrachtet werden müsse. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass der Bereich berufliche Bildung erhalten bleiben sollte. Des Weiteren habe er lediglich deutlich gemacht, dass das Anbieten von Kulturveranstaltungen nicht die Hauptaufgabe der Volkshochschule sei sowie Gebührenerhöhungen nur sehr differenziert erhöht werden sollten.

Herr Jahnke stellt fest, ein Konsolidierungsplan enthalte lediglich Annahmen sowie verschiedenste Maßnahmen, die umgesetzt werden könnten. Einige Maßnahmen könnten direkt umgesetzt werden. Andere müssten jedoch im Zeitverlauf nochmals überarbeitet werden. Zu dieser Feinjustierung habe die Volkshochschule bzw. Herr Feier noch gar keine Gelegenheit gehabt. Es sei völlig normal, wenn ein Konsolidierungsplan nach einiger Zeit verändert werde, um auf akute Gegebenheiten zu reagieren. Dies sei somit ein sehr dynamischer Prozess.

Wesentliche Maßnahmen dieses Konsolidierungsplans könnten nur durch die Einsparung von Arbeitsstellen umgesetzt werden. Frau Looden habe die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr deutlich beschrieben. Diese hätten nicht nur bezüglich der Zukunft der Volkshochschule Sorgen, sondern müssten auch zusätzliche Arbeitsaufwände durch die Einschränkung von Personal hinnehmen.

Bei allem Verständnis, dass das Mediationsbüro eine sehr wichtige Aufgabe habe, müsse selbstverständlich mit einer Stundenreduzierung reagiert werden, wenn sich dieser Bereich nicht mehr in vollem Umfang trage. Der Vorstand wolle diesen Bereich nicht einstellen. Dennoch müsse auf die Gegebenheiten reagiert werden. Intern sei sehr massiv darüber diskutiert worden.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Er findet es begrüßenswert, wenn aus allen Fraktionen weitere gute und kluge Vorschläge für die Volkshochschule kämen, um im Jahre 2016 eine positive Entwicklung zu erreichen.

Frau Marsal befürchtet, dass in vielen Bereichen zwischen den verschiedenen Institutionen aufgrund derselben Zielgruppen Konkurrenz entstehen könnte. Beispielsweise biete die Volkshochschule im Bereich Musik Angebote an, die auch die Musikschule durchführen könnte. Ebenso würden bereits Sprachkurse der AWO finanziert werden. Im Laufe der Konsolidierungsphase müsse diskutiert werden, ob die Sprachkurse vom Land, die nicht kostendeckend seien, überhaupt von der Volkshochschule angeboten werden sollten.

Des Weiteren habe jede größere Organisation Aufsichtsräte, in welchen Personen mit unterschiedlichen Positionen beteiligt seien, die sich gegenseitig konkurrieren. Es komme daher häufig zu einem Interessenkonflikt, wenn eine Person in verschiedenen konkurrierenden Aufsichtsräten beteiligt sei.

Herr Kronshagen teilt mit, als Mitglied des Aufsichtsrates der Musikschule habe er die Programme der Volkshochschule kritisch betrachtet. Einige Aufgaben könnten seines Erachtens durchaus sinnvoller von anderen Gruppen wahrgenommen werden und würden nicht zum Aufgabengebiet der Volkshochschule gehören. Als Beispiel nennt er einen neu eingeführten Querflötenkurs. Die verschiedenen Institutionen sollten diesbezüglich bessere Absprachen treffen, um keine Konkurrenz entstehen zu lassen.

Herr Feier erklärt, beim Thema Sprachkurse für Flüchtlinge wolle die Volkshochschule keinesfalls in Konkurrenz zu einer anderen Institution treten. Das Bestreben der Volkshochschule sei, in diesem Bereich aktiver werden zu können und die bereits in Emden sehr gut geleistete Arbeit anzuerkennen. Die Anzahl der Flüchtlinge, die in Emden erwartet würden, steige in Zukunft enorm an, sodass ein größerer Bedarf abgedeckt werden müsse.

Im Hinblick auf die Musikschule könne definitiv mehr zusammengearbeitet, kooperiert und abgesprochen werden. Die anderen Institutionen dürften jedoch im Gegenzug auch keine Kurse, die eigentlich die Volkshochschule betreffen würden, anbieten. Zu dieser Thematik gebe es bereits erste Gespräche, um Einigungen zu finden.

Herr Böckmann bemerkt, den Rückzug aus dem Bereich der Beruflichen Bildung sehe er äußerst kritisch. Er wünscht, dass weiterhin ein aktives Bewerben um Maßnahmen der Beruflichen Bildung von der Volkshochschule stattfinde und die bestehenden Qualitäten, Werkstätten und das gute Personal vorgewiesen werde.

Er möchte wissen, weshalb kein Kurs zum Erwerb des Hauptschulabschlusses angeboten werde, da in diesem Bereich eine sehr große Nachfrage bestehe.

Herr Feier entgegnet, die Volkshochschule könne sich im Moment auf Maßnahmen der Agentur nicht aktiv bewerben, da das Personal reduziert worden sei. Diesen Entschluss habe man getroffen, da die Volkshochschule sich immer wieder auf Maßnahmen beworben habe, die man aufgrund des Kostendrucks nicht bekommen habe. Im Bereich Sprachliche Qualifikation für den Beruf könne die Volkshochschule in Zukunft aktiver werden.

Derzeit würden zwei Kurse für den Erwerb des Realschulabschlusses angeboten. Trotz Werbung und Nachfragen sei es schwierig gewesen, die Minimumanzahl der Teilnehmer für den Vormittagskurs zu erreichen. Ebenso sei es sehr schwierig, für die Durchführung von Prüfungen Fachpersonal zu akquirieren. Selbstverständlich würde er für Gespräche mit der BBS zu dieser Thematik zur Verfügung stehen, um neue Ideen zu erarbeiten. Für einen Kurs zum Erwerb des

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Hauptschulabschlusses müsse zunächst geeignetes Fachpersonal gefunden werden. In der Vergangenheit seien solche Kurse bereits angeboten worden.

Frau Burfeind übernimmt den Vorsitz.

Herr Strelow ergänzt, der Vorstand habe sich in den letzten Jahren bei zwei intensiven Klausuren mit dem Thema Neuausrichtung der Volkshochschule befasst. Es sei festgestellt worden, dass die Volkshochschule für die Angebote der Agentur für Arbeit nicht mehr wettbewerbsfähig sei, sodass die Ausgaben höher seien als die Einnahmen. Aus wirtschaftlichen Gründen sei daher das Konsolidierungskonzept vhs 2020 ausgearbeitet worden. Den Worten von Herrn Jahnke bezüglich des dynamischen Prozesses könne er sich nur anschließen. Selbstverständlich würden die Maßnahmen permanent evaluiert werden.

Anschließend übernimmt **Herr Strelow** wieder den Vorsitz.

Frau Burfeind gibt an, die Fragen und Anmerkungen zum Konsolidierungskonzept habe die SPD-Fraktion Herrn Feier bereits zukommen lassen. Ihre Erfahrungen aus 25 Jahren Volkshochschul-Arbeit habe sie selbstverständlich mit eingebracht.

Herr Böckmann stimmt zu, dass dieser Prozess selbstverständlich dynamisch sei. Er habe lediglich Vorschläge eingebracht und auf bestimmte Tugenden der Volkshochschule hingewiesen. Seine Fraktion würde eine schlecht aufgestellte Volkshochschule ebenfalls als herben Verlust empfinden.

Herr Götz teilt mit, der Deutsche Gewerkschaftsbund habe sich mit dem Thema Strukturveränderung der Volkshochschule sehr ausführlich beschäftigt. Das gesamte Schulungsangebot der Volkshochschule habe sich seit der Gründung sehr stark verändert, sodass die gewerkschaftlichen Strukturen keine große Rolle mehr spielen würden. Die Gewerkschaft könne sich daher vorstellen, bei einer Änderung der Struktur der Volkshochschule auf 1 – 2 Personen zu verzichten.

Frau Marsal fragt, ob es auf Grundlage des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes für die Volkshochschule ausreichend sei, in den nächsten Jahren Sprach- und EDV-Kurse anzubieten. Sie möchte wissen, ob bei der Streichung des Bereiches berufliche Bildung die Gefahr bestehe, dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz nicht gerecht zu werden.

Herr Feier betont, dass der Bereich Berufliche Bildung nicht vollkommen gestrichen werde. Dieser Bereich könne durch Umstrukturierung aufgefangen und somit erhalten werden. In dem Bereich arbeitsamtsbezogene Maßnahmen habe die Volkshochschule jedoch keine große Zukunftschance. Dennoch würden im Regelprogramm Kurse und Fortbildungen im Bereich der Beruflichen Bildung angeboten.

Zum Thema Niedersächsisches Erwachsenenbildungsgesetz erklärt er, dass Sprachkurse anrechnungsfähig seien. Das Mediationsbüro oder auch das Filmfest seien nicht anrechnungsfähig. Aus diesem Grund habe es den Beschluss gegeben, die Volkshochschule so umzustrukturieren, dass mehr förderfähige Kurse angeboten werden. Ziel sei es, diesen Bildungsauftrag zu erfüllen. Dennoch müsse die Volkshochschule weiterhin ein breites Angebot aufweisen, um zukunftsfähig zu bleiben. Ein großer Bereich könne der Sprachenbereich werden, welcher zukünftig weiter vorangebracht oder auch erweitert werden soll.

Herr Bornemann bedankt sich bei Herrn Feier für die ausdrückliche Klarstellung, dass der Bereich Berufliche Bildung nicht vollkommen aufgegeben werde.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Die Konsolidierung sei die grundsätzliche Anforderung an die Volkshochschule. Da in einem Teilbereich der Beruflichen Bildung aus nachvollziehbaren Gründen festgestellt worden sei, dass die Volkshochschule nicht mehr konkurrenzfähig sei, müsse in diesem Bereich selbstverständlich Personal abgebaut und einige Aufgaben aufgegeben werden. Eine Verstärkung dieses Bereiches wäre vollkommen ungewiss. Bei realistischer Einschätzung werde die Volkshochschule auch in Zukunft bei den Arbeitsamtsmaßnahmen nicht zum Zuge kommen. Insofern würde ohne Konsolidierung in diesem Bereich weiterhin ein Defizit erwartet. Selbstverständlich seien bei der Gestaltung der Konsolidierung alle Bereiche intensiv betrachtet worden.

Herr Feier dankt Frau Looden, dass sie anfangs das Wort für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkshochschule ergriffen und die derzeitige Situation dargestellt habe. Die Volkshochschule brauche die Unterstützung aller, um die Zukunft weiter aktiv und erfolgreich gestalten zu können.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Bornemann weist darauf hin, dass das Thema Kulturentwicklungsplan in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur- und Erwachsenenbildung auf die Tagesordnung gesetzt werde, da dieses vor der Neubesetzung der Leitungsstelle des Kulturbüros nicht angemessen gewesen wäre.

TOP 9 Anfragen

1. Terminüberschneidung Schützenfest und Interkulturelle Woche

Herr Strelow bittet um Auskunft, weshalb die Interkulturelle Woche der Volkshochschule zeitgleich mit dem Schützenfest stattgefunden habe. Diese Terminüberschneidung habe seitens der Schützen auf sehr große Kritik gestoßen. Diese Termine sollten in Zukunft besser koordiniert und abgestimmt werden.

Herr Feier erklärt, bei der Auswahl des Termins für die Interkulturelle Woche in Emden sei man an die Auftaktveranstaltung Internationales Fest und somit an die Vorgaben der Ausrichter gebunden. In den nächsten Jahren könne mit Sicherheit eine derartige Terminüberschneidung durch bessere Koordination verhindert werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.